

# Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 15

Ausgegeben am 7. Juli 1922

40. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

## Was nun?

Von Heinrich Cunow

Die tiefe Entrüstung über das feige Attentat auf den Reichsminister Rathenau, den ausgesprochensten Vertreter des Wiederaufbaugedankens im gegenwärtigen Reichsministerium, hat in den Parlamenten, in der Presse und in den Riesendemonstrationen der großstädtischen Arbeiterschaft einen derartigen mächtigen Ausdruck und Widerhall gefunden, daß es als ein läßliches, durch die vorwärtsfürmenden Zeitergebnisse überholtes Bemühen erscheinen würde, wollte die Neue Zeit den vielen Nekrologen, die in den letzten Tagen die Tagespresse gebracht hat, eine neue Würdigung Rathenaus anreihen, zumal die vorliegende Nummer kaum vor dem 8. Juli in die Hände der Leser kommt. Ebensowenig kann es sich für die Neue Zeit um die Untersuchung der Frage handeln, in welchen Kreisen der nationalstisch überspannten Bevölkerung die Meuchelmörder zu suchen sind und welche Mitschuld die Leiter der nationalmonarchistischen Partei durch die von ihnen in den Parlamenten und in ihren Presseorganen betriebene Sezpolitik an der Tatsache haben, daß sich in gewissen sogenannten völkischen Kreisen, wie der Reichskanzler in seiner Rede vom 26. Juni treffend sagte, eine dumpfe Mordatmosphäre, eine politische »Vertiertheit« entwickelt hat, die in ihrer völligen Verkennung aller heutigen politischen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen des deutschen Volkes glaubt, durch Abschließung demokratischer und sozialistischer Minister und Parlamentarier die traurigen Folgen eines verlorengegangenen Krieges beseitigen zu können.

Wohl bietet ein Vergleich der heutigen Politik der preussischen und bayerischen Monarchisten mit jener der französischen Royalisten in den ersten drei Jahren der Französischen Revolution manche interessante Analogien. Wer die politische Taktik der damaligen Hof- und Amtsroyalisten in der verfassunggebenden Nationalversammlung und ihre Gründungen sogenannter königstreuer Vereine kennt, der findet geradezu überraschende Ähnlichkeiten, und was die Verspottung, Verleumdung und Beschimpfung der gegnerischen Staatsmänner und Politiker anbetrifft, können sich nicht nur die kleinen rechtsbolschewistischen bayerischen Blätter, sondern auch »Deutsche Tageszeitung«, »Tägliche Rundschau«, »Deutsche Zeitung« e tutti quanti durchaus mit Antoine Rivarols »Apostelgeschichte«, Abbé Royous »Königsfreund« oder Jacques Gautiers »Hof- und Stadtjournal« messen — das heißt soweit Gesinnungsroheit und Gewissenlosigkeit in Betracht kommen, in puncto Esprit und Wit standen die französischen antirevolutionären Blätter freilich auf weit höherer Stufe.

Doch das Treiben der monarchistischen Sezblätter und ihren die niedrigsten Instinkte wachrufenden Einfluß auf das politische Volksleben an einzelnen Beispielen nachzuweisen sowie die Verbindungslinien aufzuzeigen, die

zwischen der Verleumdungstaktik dieser Presse und den meuchelmörderischen Geheimorganisationen bestehen, ist Aufgabe der Tagespresse und ihres Nachrichtenendienstes. Ein Wochenblatt kann das nicht leisten. Es kann niemals in gleichem Sinne »aktuell« sein. Notwendig wird es immer den Ereignissen nachhinken. Ueberdies aber hat meines Erachtens eine Wochenschrift wesentlich andere Aufgaben als eine Tageszeitung. Ich möchte deshalb auch die Erörterung der jüngsten Mordanschläge übergehen und mich auf die Frage beschränken: Was muß geschehen, um die Wiederholung solcher Meuchelmorde möglichst zu verhindern, die reaktionären Geheimbünde zu unterdrücken und vor allem die deutsche Republik gegen Putsch- und Aufstandsversuche à la Kapp widerstandsfähig zu machen?

Teilweise zeigen den dahin führenden Weg bereits die am 24. Juni vom Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Deutschen Reichsverfassung zum Schutze der Republik erlassenen Verordnungen sowie die von verschiedenen Fraktionen des Reichstags und des Preussischen Landtags gestellten oder angekündigten Anträge. Aber durchweg enthalten alle diese Verordnungen und Vorschläge doch nur Abwehrmaßnahmen. Sie verfolgen lediglich den Zweck, solche Vereinigungen, Geheimbünde, Versammlungen und Druckschriften, die den Bestand der Republik gefährden, zu verbieten oder Beschimpfungen und Verleumdungen der republikanischen verfassungsmäßigen Staatsinstitutionen und der Regierungsmitglieder unter harte Strafe zu stellen.

Alle diese Maßnahmen sind nötig, wie selbst die deutschvolksparteilichen Fraktionen des Reichstags und des Preussischen Landtags anerkannt haben, wenn nicht die gewalttätigen Angriffe auf die republikanische Staatsform des Deutschen Reiches sich mehr und mehr steigern und zum Bürgerkrieg führen sollen; aber immerhin können sie nur als Verteidigungsmaßnahmen gelten, nicht als weiterer Ausbau der republikanischen Staatseinrichtungen und Verstärkung des diese tragenden Fundaments. Zur Erreichung solcher Verstärkung ist vor allem eine gründliche Verwaltungsreform nötig — im Reich wie in den Gliedstaaten beziehungsweise Ländern, vor allem in Preußen, und zum Zweck der Durchführung dieser Reform eine Änderung der Disziplinargesetze. Es wäre verkehrt, Gesinnungsschnüffelei zu treiben und von älteren Beamten, die unter anderen Regierungsverhältnissen aufgewachsen sind, zu verlangen, daß sie sich auf Kommando umstellen und ihre Gesinnung wechseln; aber was verlangt werden muß, ist, daß sie als Staatsfunktionäre nicht gegen die jetzige Regierung intrigieren und agitieren oder gar deren Arbeiten sabotieren und Vereinigungen angehören, deren Zweck ein gewalttätiger Sturz der republikanischen Staatsform ist. Vor allem aber ist nötig, daß jene höheren politischen Verwaltungsämter, auf die es in der Stunde der Gefahr ankommt, mit Beamten besetzt werden, auf die in jedem Falle Verlaß ist.

Immer wieder ist von uns gefordert worden, daß die sogenannte Diskrepanz zwischen dem Reich und den Einzelstaaten beseitigt, in der preussischen Staatsverwaltung durch Vereinfachung des bürokratischen Apparats gespart, überflüssige Institutionen abgeschafft, die neben den Oberpräsidien bestehenden Regierungspräsidien aufgehoben und bei der Besetzung politischer Ämter die politische Einstellung der dafür vorgeschlagenen Beamten mit in Berücksichtigung gezogen werde. Bisher ist jedoch in dieser Richtung fast

nichts geschehen. Warum nicht? In der Hauptsache deshalb nicht, weil zur Durchführung einer solchen Reform eine kräftige, von einer starken, geschlossenen Parlamentsmehrheit getragene Regierung erforderlich ist. Hat auch selbstverständlich das Attentat auf Rathenau die zwischen den Koalitionsparteien in Preußen bestehenden Unterschiede der politischen Auffassung und des Zielstrebens nicht beseitigt, so hat es doch bewirkt, daß diese Unterschiede jetzt etwas zurückgedrängt und die Notwendigkeit eines engeren Zusammenhaltens der Koalitionsparteien gegen die Deutschnationale Partei auch in einem wesentlichen Teile des Zentrums und der Deutschen Volkspartei mehr als bisher anerkannt wird. Diese Lage gilt es auszunutzen und endlich mit der langgeforderken Verwaltungsreform energisch zu beginnen. Gerade jetzt unter dem Einfluß der veränderten politischen Strömung wird es verhältnismäßig am leichtesten sein, sie durchzuführen.

Weiter ist zur Sicherheit der republikanischen Staatsform nötig, daß aus dem Reichsheer die in den Traditionen des altpreussischen, halbfeudalen Offizierkorps aufgewachsenen Offiziere entfernt werden, die es als ihre Aufgabe betrachteten, von dem preussisch-konserverativen militärischen Geist zu reffen, was noch irgend zu reffen ist, und in diesem Sinne auf ihre Untergebenen einzuwirken. Das Reichsheer ist keine politische Körperschaft, die als solche ihre besondere selbständige Politik treiben darf. Im demokratischen Staate kann das Heer, wie das in England der Fall ist, nur ein Instrument in den Händen der Regierung sein, das deren Politik stützt. Auch im Deutschen Reich wird angeblich vom jetzigen Kriegsminister mit aller Entschiedenheit die »Entpolitisierung« der Armee betrieben, bisher hat sie jedoch meist nur zur Folge gehabt, daß republikanisch gesinnte Offiziere — freilich im ganzen ein ziemlich spärliches Element — durch monarchistische ersetzt worden sind. Nach meiner Ansicht liegt übrigens das Zentrum der reaktionär-militaristischen Bewegung nicht in Berlin, am Sitze des Kriegsministeriums, sondern die eigentlichen Hauptherde dieser Bewegung sind die im Lande verstreuten Kommandostellen, vornehmlich im Osten, wo die Offiziere meist enge Beziehungen zu den großagratischen und landbündlerischen Kreisen unterhalten.

Ebenso wie das Reichsheer muß auch die Schutzpolizei »entpolitisiert« werden. Dazu ist freilich meiner Ansicht nach nötig, daß die Dienstzeit der Mannschaft nicht auf zwölf Jahre beschränkt bleibt und deshalb lediglich als eine Durchgangsstufe zu irgendeiner Beamtenstellung betrachtet wird.

Vielleicht noch nötiger ist eine Reform des Justizdienstes. Die heutigen skandalösen, oft geradezu unverständlichen Urteile der deutschen Gerichte, namentlich in politischen Prozessen, finden ihre Erklärung darin, daß der Richter wegen seiner Urteile nicht abgesetzt werden kann. Der Richter nimmt innerhalb der ganzen Beamtenenschaft eine besondere Rechtsstellung ein. Er wird auf Lebenszeit ernannt, und eine Absetzung, vorläufige Amtsenthaltung, Versetzung und Pensionierung kann nicht, selbst nicht in den dringendsten Fällen, durch die Staatsregierung, sondern nur durch Richterspruch von Standesgenossen erfolgen. Als Errungenschaft einer liberalen Ära ist diese Bestimmung in die Grund- und Verfassungsrechte verschiedener deutscher Länder und schließlich in Weimar auch in die neue Reichsverfassung

übergangen, in der sie (im ersten Absatz des Artikels 104) folgende Fassung erhalten hat:

»Die Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit werden auf Lebenszeit ernannt. Sie können wider ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheidung und nur aus den Gründen und unter den Formen, welche die Gesetze bestimmen, dauernd oder zeitweise ihres Amtes enthoben oder an eine andere Stelle oder in den Ruhestand versetzt werden.«

Dienen sollte solche Bestimmung einst dazu, den Richter von der Staatserektivität unabhängig zu machen, ihn möglichst in seinen Urteilen dem Einfluß der Regierung, vornehmlich des Monarchen, zu entziehen und ihm eine Garantie gegen Entlassung aus politischen Motiven zu bieten. Wegen dieses Zwecks (der übrigens vielfach nicht erreicht worden ist) wird solche Bestimmung von den Liberalen als unentbehrlich betrachtet und auch von manchem Mitglied unserer Partei für etwas Unantastbares gehalten. Ich bin, offen gestanden, anderer Ansicht. Aus ganz anderen Verhältnissen als den heutigen herausgewachsen, hat sie ihren einstigen Zweck fast völlig verloren und dient heute nur dazu, den Richter, wenn er im Gerichtssaal Klassen- oder Parteipolitik treibt, gegen den Einspruch der Staatsregierung sicherzustellen, auch gegen den des Justizministers.

An eine Aufhebung des § 104 der Reichsverfassung ist indes unter den heutigen Parteiverhältnissen Deutschlands nicht zu denken, wohl aber wäre zu erwägen, ob nicht durch besondere Gesetze diese Ausnahmestellung des Richters eingeschränkt werden könnte. In gewissem Sinne bedeutet ja schon die vom Reichspräsidenten verfügte Errichtung eines Staatsgerichtshofs in Leipzig und seine Besetzung mit Richtern, die nicht notwendig die Eigenschaft zum Richteramt besitzen müssen, eine Einschränkung. Aber sie genügt nicht!

Sollen diese Reformen zur Durchführung gelangen, dann ist jedoch die erste aller Vorbedingungen, daß die jetzige Regierungskoalition in Preußen schärfer gegen rechts abgegrenzt, das heißt die Deutschnationale Partei noch mehr als bisher isoliert wird, und daß ferner innerhalb der Koalition die sozialdemokratische Fraktion sich eine stärkere Geltung verschafft. Deshalb halte ich auch den von einigen Gegnern der erweiterten preussischen Regierungskoalition gemachten Vorschlag, die augenblickliche Situation dazu zu benutzen, die Deutsche Volkspartei wieder auszuschiffen und statt ihrer die Unabhängigen in die Koalition einzubeziehen, für völlig verfehlt. Eine derartige neue Koalition würde selbst dann, wenn — was nach meiner Ansicht höchst unwahrscheinlich ist — Zentrum- und deutschdemokratische Fraktion für eine solche Umgruppierung zu haben wären und andererseits die ganze Fraktion der Unabhängigen sich zu einem Zusammenarbeiten mit diesen beiden Parteien bereit fände, ein so schwächliches, innerlich zerrissenes und arbeitsunfähiges Gebilde sein, daß jede ernste Reform unmöglich würde. In der neuen Regierungskoalition würde sofort eine Intrige die andere jagen und fortgesetzte Zwistigkeiten jede Arbeitstätigkeit lähmen, denn die Unabhängigen haben nun mal, abgesehen vielleicht von ein paar Personen des maßgesetzten rechten Flügels, keinen einzigen Politiker in ihren Reihen, der über seine Nase hinweg in die Zusammenhänge der großen Politik hineinzublicken vermag und die gegebenen Entwicklungsmöglichkeiten begreift. Die Fraktion der unab-

hängigen Sozialdemokratie im Preussischen Landtag hat — das zeigte ihr Verhalten bei der Affentatsdebatte aufs neue — nur Agitatoren mit engbegrenztem Horizont, deren heutige Politik lediglich darin besteht, aus der jetzigen Stimmung der Arbeiterschaft einige Zutaten für ihren Parteisuppen- topf herauszufinden.

Begreiflicher ist die von einem Teil unserer Presse vertretene Forderung, der Reichstag müsse so bald wie möglich aufgelöst und eine Neuwahl ange- setzt werden. Das Motiv der Forderung ist die Annahme, daß eine Neuwahl in Anbetracht der jetzt in der Arbeiterschaft herrschenden erbitterten Stim- mung uns einen Zuwachs an neuen Mandaten beschern werde. Wohl mag, wenn im Reichstag das Zentrum und die demokratische Fraktion bei ihrem Widerstand gegen die von der Sozialdemokratie geforderte höhere Getreide- umlage beharren, die Reichstagsauflösung ein notwendiges Mittel sein, um die Broterntenerung abzuwehren, aber ein Mittel zum Schutze der Republik und zur Durchführung demokratischer Reformen ist sie sicherlich nicht. Die aufgestellte Rechnung stimmt schon insofern nicht, als wir bei der Wahl, ob wir wollen oder nicht, nicht einen Kampf gegen e i n e Front, sondern gegen z w e i Fronten zu führen hätten, denn die Kommunisten wie auch der größte Teil der Unabhängigen würden, da sie von den bürgerlichen Parteien keinen Zugang zu erwarten haben, ihren Kampf vornehmlich gegen uns richten, in- dem sie uns vor den Arbeitermassen anklagen, wir hätten durch unser Pak- tieren mit dem Zentrum und der Stinnes-Partei die Schwäche der Republik und den Übermut der Monarchisten verschuldet.

Möglich, daß wir trotzdem im Wahlkampf einige Mandate gewinnen könnten, aber was würde uns das nützen? Daß wir so viele Reichstags- sitze gewinnen, um allein oder zusammen mit den Unabhängigen im Reichstag eine arbeitsfähige Mehrheit zu haben, glaubt wohl kein ernsthafter sozial- demokratischer Politiker! Wir müßten also doch wieder an einer Koalitions- bildung teilnehmen. Die vorhandene Spannung zwischen den jetzigen Koali- tionsparteien im Reiche würde aber, da das Zentrum und die Demokraten entschieden gegen eine Reichstagsauflösung sind, sicherlich nicht durch den Wahlkampf gemildert, sondern vergrößert werden, und noch weniger ist mit einer Ausgleichung der Gegensätze zwischen den sozialistischen und kommu- nistischen Parteien infolge des Wahlkampfes zu rechnen. Der Erfolg der Neuwahl wäre also nur eine Hinausschiebung der Reformen und eine Schwä- chung des inneren Zusammenhangs jener Koalition, die nun mal nach unserer historischen Entwicklung und den für den weiteren Fortschritt gegebenen Be- dingungen eine Notwendigkeit ist.

Ich weiß, daß manche Stimmungspolitiker unserer Partei diese politischen Erwägungen unrichtig oder mindestens unangebracht finden werden. Viel- leicht werden sogar wieder einige besonders Gescheite entdecken, daß ich nur die zweifellos aus dem Wahlkampf hervorgehende große Einheitsfront ver- hindern wolle. Aber alle Mißbilligung kann mich nicht bewegen, die Ver- öffentlichung der vorstehenden Darlegungen zu unterlassen; denn die Neue Zeit hat nach meiner Ansicht nicht die Aufgabe, sich den in der heutigen Zeit alle Augenblicke wechselnden Stimmungen und Strömungen anzupassen, son- dern neuauftauchende Vorschläge und Projekte auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen.